



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das
Präsidium des
Nationalrates

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Parlamentsgebäude
1010 W i e n

Z1 825-01/88

RECHNUNGSHOF
Z1 23 GE 1988
Datum: 14. APR. 1988
Verteilt: 15. IV. 88 hally

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Zivildienstgesetz
(Zivildienstgesetz-Novelle
1988) geändert wird;
Stellungnahme

H. Klavon

Der Rechnungshof beehrt sich, seine Stellungnahme zu der im Gegen-
stand angeführten Angelegenheit in 25-facher Ausfertigung zu
überreichen.

Anlagen

13. April 1988

Der Präsident:

B r o e s i g k e

back



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

**Bundesministerium
für Inneres**

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

1014 W i e n

Zl 825-01/88

**Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Zivildienstgesetz
(Zivildienstgesetz-Novelle
1988) geändert wird;
Stellungnahme
Schr. des BMI v. 7. März 1988,
Zl 94 103/138-III/5/87**

**Der Rechnungshof nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzes-
entwurf wie folgt Stellung:**

Gemäß § 14 Abs 1 Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl Nr 213/1986, ist jedem Entwurf für ein Bundesgesetz von dem Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich der Entwurf ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen, aus der insbesondere hervorzugehen hat, ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen Vorschriften voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verursachen wird, wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des laufenden Budgetprognosezeitraumes zu beziffern sein werden und welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht werden. Da das dortige Bundesministerium keine überprüfbare Kostenberechnung vorlegte - das BMI bezeichnet auf Seite 10 der Erläuterungen die zu erwartenden Mehrausgaben als eher geringfügig und vermutet sogar Einsparungen im Ausmaß von 3 bis 5 Mill S -, ist der Rechnungshof nicht in der Lage, zu den finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme Stellung zu nehmen.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des NR ue unterrichtet.

**13. April 1988
Der Präsident:
B r o e s i g k e**

Für die Richtigkeit
der Abhändlung:
hock